

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
27.08.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Gremien
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Hauptausschuss
Sitzung am Mittwoch, 08.07.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 19:07 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 06.05.2026 - öffentlicher Teil**
0350/2026
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Personalwirtschaftliche Maßnahmen**
0433/2026
- 6 Hitzeaktionsplan: Umsetzungsstand zur Maßnahme 4 „Wasserkühlelemente installieren“**
0457/2026

- 7 **Strategisches Entwicklungskonzept Gronau; Maßnahme 5 – Programm zur klimaangepassten und energetischen Sanierung von Dächern, Fassaden und Vorzonen: Maßnahmenbeschluss im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432 0458/2026**
- 8 **Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027; hier: Aufhebung des Sperrvermerkes für die 3 neuen Bauleiterstellen im Abwasserwerk (Gruppe 7-6813)**
0423/2026
- 9 **Änderung Zuständigkeitsordnung bzegl. § 125 BauGB**
0310/2026
- 9.a **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Kündigung Mitgliedschaft "Deutsche Gesellschaft für nachhaltige Bauen (DGNB)"**
0484/2026
- 9.b **Kündigung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Organisationen und Verbänden**
hier: Kündigung der Mitgliedschaften a) "Fachverband der Kommunalkassenverwalter" und b) "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter"
0486/2026
- 10 **Anträge der Fraktionen**
- 11 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Kreutz eröffnet um 17:02 Uhr die 3. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der XI. Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung hätten sich Herr Buchen (CDU-Fraktion), Herr Dr. Engel (CDU-Fraktion) und Herr Samirae (Gruppe Bürgerpartei GL) entschuldigt, welche durch Herrn Wagner (CDU-Fraktion), Frau Wasmuth (CDU-Fraktion) und Herrn Klein (Gruppe Bürgerpartei GL) entschuldigt würden. Desweiteren hätte sich Herr Santillán (fraktionslos) entschuldigt. Herr Kraus (CDU-Fraktion) nimmt ab 17:07 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Kreutz:

Die Einladung vom 18.06.2026 und die dazugehörigen Vorlagen sowie als Tischvorlagen:

die aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der vorberatenden Ausschüsse sowie

die Stellungnahme der Verwaltung zu TOP N 6.1 - Schriftlich Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vom 10.06.2026 zum Thema „Besetzung, Funktion und organisatorische Einbindung der A 16-Stellen im Stellenplan der Stadt Bergisch Gladbach“ (Vorlage Nr. 0446/2026),

den Antrag der Bürgerpartei GL vom 06.07.2026 (eingegangen am 07.07.2026) „Behandlung des Tagesordnungspunktes N 6.1 im öffentlichen Teil der Sitzung“,

die Vorlage Nr. 0484/2026 - Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Kündigung Mitgliedschaft „Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB)“. Im Zuge des laufenden Konsolidierungsprozesses des städtischen Haushalts 2026 sei seitens des Ratsbüros eine Abfrage bei den zuständigen Dezernaten vorgenommen worden, ob nach deren Einschätzungen Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Verbänden, Organisationen und ähnlichen Einrichtungen zu kündigen seien, um Einsparungen vorzunehmen. Die bestehende Mitgliedschaft „Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB)“ sei dabei genannt worden. Um eine rechtzeitige Kündigung zu gewährleisten, sei es geboten, die Tagesordnung aus Gründen der äußersten Dringlichkeit zu erweitern.

Er schlägt vor, diesen Punkt als TOP Ö 9.a im öffentlichen Teil der Sitzung aufzunehmen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2026 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0484/2026 – Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Kündigung Mitgliedschaft „Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB)“ - als TOP Ö 9.a erweitert.

Sowie als Tischvorlage die Vorlage Nr. 0486/2026 – Kündigung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Organisationen und Verbänden“ – aus Gründen äußerster Dringlichkeit soll die Tagesordnung auch um diese Vorlage erweitert werden. Als Gründe seien hier, die bereits zuvor genannten, wieder aufzuführen.

Sodann stelle er die Erweiterung der Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die „Kündigung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Organisationen und Verbänden“ (Vorlage Nr. 0486/2026) als TOP Ö 9.b zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2026 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0486/2026 – Kündigung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Organisationen und Verbänden - als TOP Ö 9.b erweitert.

Darüber hinaus die Vorlage Nr. 0482/2026 - Wahl der Nachfolge einer stellvertretenden Schiedsperson – die aus Gründen der äußersten Dringlichkeit auf die Tagesordnung aufgenommen werden solle. Aufgrund vermehrter Schlichtungsfälle reiche die vorhandene Arbeitskapazität für eine zeitnahe Arbeitsbewältigung nicht aus, deshalb bestehe Bedarf zur kurzfristigen Besetzung der Schlichtungsstelle.

Er schlage vor, die Vorlage Nr. 0482/2026 als TOP N 4.a auf die Tagesordnung aufzunehmen. Dies wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2026 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0482/2026 – Wahl der Nachfolge einer stellvertretenden Schiedsperson - als TOP N 4.a erweitert.

Herr Klein führt an, dass er zu TOP N 6.1 „Schriftliche Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vom 10.06.2026 zum Thema "Besetzung, Funktion und organisatorische Einbindung der A 16-Stellen im Stellenplan der Stadt Bergisch Gladbach"" einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen wolle. Er beantrage nach § 15 Abs. 1 g) der Geschäftsordnung diese Vorlage unter TOP Ö 11 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Die Begründung hierfür sei, dass die Sitzungen des Rates und des Hauptausschusses nach § 48 Abs. 2 GO NRW öffentlich seien. Die Öffentlichkeit der Sitzungen sei ein tragender Grundsatz des Kommunalrechtes. Das Stichwort Personal reiche nicht aus, um eine Vorlage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Der Inhalt der Vorlage sei der Stellenplan, welcher ohnehin Teil des öffentlichen Haushaltes sei. Es gehe um Stellen und Strukturen und nicht um Ernennungen, Beurteilungen oder Disziplinarverfahren. Einzelne nicht öffentliche Angaben könnten nachgereicht werden. Zudem stelle er einen Antrag auf namentliche Abstimmung nach § 15 Abs. 1 h) der Geschäftsordnung.

Herr Kreutz antwortet, dass diese Vorlage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sei, da es sich um eine Personalangelegenheit nach § 7 Abs. 2 a) der Geschäftsordnung handle. Er fügt hinzu, dass Herr Klein das Quorum für einen Antrag auf namentliche Abstimmung nicht erreicht habe. Daher stellt er nun den Antrag nach § 15 Abs. 1 g) der Geschäftsordnung auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit zur Abstimmung. Für den Antrag stimmt die Gruppe Bürgerpartei GL. Gegen den Antrag stimmt die CDU, die SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die AfD und Volt/FWG. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Kreutz stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 06.05.2026 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des
Hauptausschusses vom 06.05.2026 - öffentlicher Teil**
0350/2026

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Zusammenlegung der Stabstelle Digitalisierung mit der IT

Herr Kreutz führt an, dass er den Hauptausschuss heute über einen weiteren Schritt zur Modernisierung der Verwaltung informieren wolle.

Digitalisierung sei ein zentraler Baustein für eine moderne, bürgerorientierte und leistungsfähige Stadtverwaltung. Man sei hier bereits auf dem Weg, und viele Kolleginnen und Kollegen würden daran mit großem Engagement arbeiten.

Gleichzeitig sei klar: Digitalisierung wirke nur dann richtig, wenn Technik, Prozesse und Organisation zusammenpassen würden. Genau daran wolle man jetzt strukturiert weiterarbeiten. Deshalb bringe man jetzt eine extern begleitete Organisationsuntersuchung auf den Weg. Sie solle sowohl Abläufe als auch Aufgaben, Zuständigkeiten, Schnittstellen und die Aufbauorganisation in den Blick nehmen. Ziel sei zum einen, Prozesse einfacher, schneller und bürgerorientierter zu machen und zugleich Strukturen zu schaffen, die den Arbeitsalltag der Mitarbeitenden erleichtern würden.

Ziel sei ferner, die engere Zusammenführung der Stabsstelle Digitalisierung mit der allgemeinen IT im Dezernat des Bürgermeisters. Die strategische Richtung sei damit klar. Die Organisationsuntersuchung solle helfen, die konkrete Ausgestaltung fachlich sauber vorzubereiten und weitere Potenziale bei Prozessen und Schnittstellen zu identifizieren. Auch der Einsatz von KI werde dabei perspektivisch eine Rolle spielen.

Wichtig sei ihm: Es gehe nicht um eine bloße Verschiebung im Organigramm. Es gehe um klare Steuerung, bessere Prozesse und eine Verwaltung, die leistungsfähiger, bürgerorientierter und mitarbeiterfreundlicher arbeite. Die weitere Ausgestaltung erfolge geordnet, transparent und unter Wahrung der vorgesehenen Beteiligungsrechte.

Gerade unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen reiche es nicht, nur kurzfristig auf einzelne Maßnahmen zu schauen. Man müsse zugleich strukturell daran arbeiten, dass die Verwaltung klarer, effizienter und wirksamer werde.

Herr Schöpf fragt an, wie der Kostenrahmen für die Organisationsuntersuchung sei.

Herr Sprenger antwortet, dass momentan der Markt dahingehend erst geprüft werde. Daher könne man noch keine Aussage zum Kostenrahmen treffen.

Herr Dr. Metten äußert, dass man bereits drastische Fortschritte unter Bürgermeister Stein gemacht habe. Er fragt an, was Herrn Kreutz jetzt dazu veranlasse diese strukturelle Veränderung herbeizuführen und welche Verbesserungen erwartet würden.

Herr Kreutz antwortet, dass man die deutlich steigenden Anforderungen im Bereich der Digitalisierung, wie beispielsweise das Thema KI, zusammenführen wolle. Besonders wichtig sei es ihm Arbeitsprozesse genauer unter die Lupe zu nehmen.

Herr Bena erkundigt sich, welchen Mehrwert genau diese Untersuchung mit sich bringen solle und was das konkrete Ergebnis sein solle.

Herr Kreutz antwortet, dass das Ergebnis hiervon eine höhere Effizienz sein solle.

Herr Bena fragt außerdem, in welchen Bereichen die Effizienz erhöht werden solle.

Herr Kreutz antwortet, dass diese in allen Bereichen der Stadtverwaltung erhöht werden solle.

Herr Sprenger erläutert, dass es keine Kritik an der bisherigen Arbeitsweise der Stadtverwaltung gebe. Momentan gebe es Schnittstellenproblematiken und an dieser Stelle wolle man sich verbessern.

Herr Waldschmidt führt an, dass er über die Kritik der CDU verwundert sei. Gerade die CDU sei immer für Digitalisierung gewesen.

Herr Dr. Metten äußert, dass die CDU sich über den Fortschritt von Digitalisierung freue, aber man fragen dürfe aus welchem Anlass diese strukturelle Veränderung erfolgen solle. Man werde den Bürgermeister an den Ergebnissen messen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Personalwirtschaftliche Maßnahmen **0433/2026**

Herr Kreutz führt an, dass bevor er den Tagesordnungspunkt aufrufe, er die Vorlage kurz einordnen möchte. Die Entwicklung der Personalkosten sei ein zentraler Bestandteil der Haushaltssteuerung. Bereits bei der Einbringung des Haushalts, einen Monat nach Amtsantritt im Dezember 2025 habe er deutlich gemacht, dass man auch in diesem Bereich zu einer stärkeren Steuerung – und zu einer Konsolidierung kommen werde.

Die Verwaltung arbeite deshalb seit einiger Zeit mit einem dezentralen Personalkostencontrolling. Dieses habe auch das Ziel, Personalkosten einzusparen. Es gehe der Verwaltung dabei aber im gleichen Maße darum in eine stärkere Aufgabenkritik und -steuerung sowie Priorisierung zu kommen. Im laufenden Haushaltsvollzug zeige sich nun: Diese dezentrale Steuerung sei notwendig und richtig, sie reiche allein aber nicht aus. Deshalb habe der Verwaltungsvorstand am 16. Juni ein erstes gesamtstädtisch einheitliches Steuerungskpaket beschlossen. Ihm sei wichtig: Die Mitarbeitenden seien nicht das Problem dieser Haushaltslage. Sie würden unter schwierigen Bedingungen die Leistungsfähigkeit der Stadt sichern. Gerade deshalb müsse man Personalkosten verantwortungsvoll steuern — nach nachvollziehbaren Kriterien, mit Einzelfallprüfung und mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.

Die Maßnahmen würden nicht folgenlos bleiben. Arbeitsverdichtung und zusätzliche Belastungen könnten entstehen. Das werde in der Vorlage ausdrücklich benannt, und man werde diese Auswirkungen fortlaufend beobachten.

Personalwirtschaftliche Steuerung und Modernisierung seien dabei kein Gegensatz.

Modernisierung sei die strukturelle Antwort. Personalwirtschaftliche Steuerung sei die notwendige Antwort im laufenden Haushaltsvollzug. Man brauche beides. Deshalb seien Organisationsuntersuchung, Digitalisierung und die Bündelung von IT und Digitalisierung im Dezernat des Bürgermeisters wichtige Bausteine. Sie würden aber nicht die notwendige Steuerung im laufenden Haushaltsjahr ersetzen.

Die Beteiligungsrechte des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten würden selbstverständlich beachtet und rechtzeitig eingeholt. Wo Beteiligung erforderlich sei, erfolge sie vor Umsetzung der jeweiligen Maßnahme.

Die Vorlage sei ein erstes überprüfbares Steuerungskpaket für den Personalhaushalt. Die Verwaltung werde die Wirkungen, die organisatorischen Folgen und die praktische Umsetzbarkeit fortlaufend auswerten und den politischen Gremien regelmäßig berichten.

Herr Henkel fragt an, wie die Entwicklung der Gewerbesteuer im aktuellen Jahr und die Prognose hierfür für 2027 ausschaue. Außerdem erkundigt er sich, ob man im Jahr 2027 mit einem pflichtigen Haushaltssicherungskonzept rechnen müsse.

Herr Eggert antwortet, dass es momentan danach aussehe, dass dieses Jahr 12 Millionen Euro weniger als geplant an Gewerbesteuer eingenommen würden. Diese Lücke könne man durch kurzfristige Sparmaßnahmen auf circa 8,8 Millionen Euro reduzieren. Bezüglich einer Zukunftsprognose, werde er mit den größeren Gewerbesteuerzahlern nochmal ins Gespräch gehen. Die Haushaltssituation im generellen müsse man bis Ende des Jahres abwarten. Bei Betrachtung der Gesamtsituation, auch bei anderen Kommunen, fehle ihm die Zuversicht ein

pflichtiges HSK verhindern zu können. Man habe das Ziel ein genehmigungsfähiges HSK entsprechend aufzustellen.

Herr Haasbach fragt bezüglich der Wiederbesetzungssperre in der Vorlage an, wie viele Mitarbeitende in den Ruhestand gehen würden. Außerdem stünde in der Vorlage das Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre anhand von einheitlichen Kriterien geprüft würden. Er fragt an, welche Kriterien dies seien. Bezüglich der Altersteilzeit erläutert er, dass dies eine freiwillige Leistung sei. Er fragt an nach welchen Kriterien man hierüber entscheide, wenn es keine tarifvertragliche Regelung gebe.

Herr Sprenger antwortet, dass die Frage bezüglich der Mitarbeitenden, die in den Ruhestand gehen würden, schriftlich beantwortet werde. Die Kriterien der Wiederbesetzungssperre würden in der Vorlage in Teilen aufgegriffen. Beispielsweise ergebe es keinen Sinn refinanzierte Stellen nicht wiederzubesetzen. Außerdem würden gewisse Aufgabenbereiche (z.B. Bereich Schule) eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre bilden. Ziel sei es jedoch, eher keine Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre zu machen als welche zu machen. Zum Thema Altersteilzeit führt er aus, dass diese zukünftig nicht mehr angeboten werde.

Frau Meinhardt betont, dass es dramatische Auswirkungen geben werde, sei zu erwarten gewesen. Am härtesten sei die Sparmaßnahme über die Wiederbesetzungssperre. 2025 seien 261 Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt worden und sie gehe davon aus, dass die kommenden Jahre noch mehr Stellen vor allem durch Eintritt in den Ruhestand vakant werden würden. Dies bedeute, dass 261 Stellen mindestens 6 Monate nicht besetzt seien. Dies wäre nicht der Weg ihrer Fraktion gewesen und sie bedauere diese Entscheidung ausdrücklich. Sie frage, was die Verwaltung im kommenden Jahr erwarte, da die Situation eher schlimmer als besser werde. Sie gehe davon aus, dass sich von weniger relevanten Aufgaben verabschiedet werden müsse. Sie fragt an, wie viele Überlastungsanzeigen bereits schon eingegangen seien.

Herr Sprenger äußert, dass man über die Auswirkungen der personalwirtschaftlichen Maßnahmen berichten werde.

Herr Eggert äußert, dass man einen Ausgleich finden müsse zwischen einer Effizienzdebatte und einer Priorisierungsdebatte. Man müsse gemeinsam bewerten, welche Aufgaben welche Priorität hätten.

Herr Dr. Metten äußert, dass unter Ziffer 1 der Vorlage die Kriterien Leib und Leben genannt seien. Er fragt nach einer konkreten Liste, welche Aufgaben darunter gefasst würden. Unter Ziffer 3 werde die Zahl 85 befristete Beschäftigungsverhältnisse genannt und auch dazu habe die CDU-Fraktion bereits eine Liste angefordert. Er fragt an, wann diese Liste zur Verfügung gestellt werde.

Herr Kreutz wirft ein, dass diese Liste bereits an Herrn Kraus versendet worden sei.

Herr Dr. Metten führt weiter an, dass ihm zu Ziffer 5 die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen fehlen würden. Außerdem betont er, dass die Welt sich momentan dramatisch verändere und die Entwicklung der Gewerbesteuer keine Überraschung sei. Wirtschaftsinstitute hätten bereits Prognosen hierzu abgegeben und man befinde sich in einer rezessiven Phase. Auch der CDU-Fraktion würden Ideen zu Einsparmaßnahmen ausgehen und die Verwaltung werde einige Vorschläge machen müssen. Er führt Beispiele von Sparmaßnahmen anderer Behörden an, die bereits viel drastischer seien, als die in Bergisch Gladbach. Ihm sei bewusst, dass es hierbei um hochsensible Themen gehen, wie die Zukunft von einzelnen Menschen. Dennoch würden die Maßnahmen härter werden. Das Thema der Digitalisierung begrüße er an dieser Stelle sehr. Zu der Maßnahme der Wiederbesetzungssperre für 6 Monate führt er aus, dass es in Unternehmen häufig der Fall sei, dass es 6 Monate dauere bis eine Stelle neu besetzt sei.

Herr Waldschmidt äußert, dass der Bürgermeister die Beschlüsse umgesetzt hat, die der Rat ihm aufgetragen habe. Es sei von Beginn klar gewesen, dass der Personalkostendeckel nicht ohne erhebliche Auswirkungen umgesetzt werden könne. Eine Wiederbesetzungssperre sei unvermeidbar in diesem Zusammenhang. Die Folgen dieser Maßnahmen seien in der Vorlage

bereits dargestellt. Durch den Personalkostendeckel werde am Ende nichts eingespart, sondern die Stadtverwaltung sei nicht mehr leistungsfähig.

Frau Wasmuth verweist auf die aktuelle Problematik des bestehenden Tarifkonfliktes in Kliniken. Dies sei ebenfalls ein Personalkostendeckel. Der wesentliche Punkt, den die Stadtverwaltung bei Sparmaßnahmen nicht aufgreife, sei das Thema Prozessoptimierung. Führungskräfte müssten bis in die unterste operative Ebene gehen und schauen, wie man dort Prozesse optimieren könnte.

Herr Kraus entgegnet gegenüber Frau Meinhardt und Herrn Waldschmidt, dass sie für die Beschlüsse im Haushalt eher dankbar seien sollten. Das Handeln sei alternativlos. Er arbeite selbst in einer Kommune und dort sei man schon ein bis zwei Schritte weiter und es sei im Gespräch für Beamte die leistungsorientierte Bezahlung zu streichen. Man versuche bloß ein HSK zu vermeiden.

Herr Sprenger erläutert, dass es einen Sachstandsbericht zur Umsetzung der Maßnahmen in der Oktober Sitzung geben werde. In diesem würde auch dargestellt, bei welchen Stellen die Wiederbesetzungssperre aufgehoben worden sei. Zur neuen Regelung bezüglich der Probezeit habe man noch keinen Wert hinterlegt, da man noch keine Erfahrungswerte hierzu habe sammeln können.

Herr Eggert wirft ein, dass es gemäß der letzten Verfügung des Landrates keinen Investitionskostendeckel gebe.

Frau Dr. Lübbecke äußert, dass sie sich bei der Verwaltung für alle Bemühungen bedanke. Der Gewerbesteuerausfall sei eine Katastrophe. Sie sei der Auffassung, dass man ohne eine ernsthafte Aufgabenkritik nicht sparen könne. Es sei nicht möglich mit weniger Personal die gleichen Aufgaben zu erfüllen. Die Wiederbesetzungssperre dürfe nicht dazu führen, dass das bestehende Personal gesundheitlich gefährdet werde.

Herr Henkel erläutert, dass sich die Situation mit der Gewerbesteuer zunächst nicht ändern lasse. Die Kreisumlage werde ebenfalls dementsprechend erhöht. Somit habe man ein Delta, welches man irgendwie kompensieren müsse. Für die nun bestehenden Maßnahmen sei nicht die CDU-Fraktion zu kritisieren, da der Verwaltungsvorstand diese beschlossen habe.

Herr Eggert erläutert, dass man noch nicht wisse, wie sich die Schlüsselzuweisungen entwickeln würden. Momentan schon genauere Zahlen zu nennen sei schwierig. Außerdem betont er, dass man das Thema Prozessmanagement schon durcharbeite.

Herr Kirch betont, dass gerade von der CDU-Fraktion der Verwaltung immer wieder neue Aufgaben aufgetragen worden seien. Er fragt sich, wo die Aufgabenkritik von der CDU-Fraktion beachtet werde und wie die Verwaltung dies alles noch stemmen solle.

Herr Bena äußert, dass er vom Bürgermeister erwarte, dass Abteilungen das Gefühl vermittelt bekommen würden, die Situation bewältigen zu können. Die vorgelegten Maßnahmen seien der erste Schritt zum Einsparen und danach folge wie von Herrn Kreutz angekündigt die Digitalisierung.

Frau Steinkrüger führt an, dass die Maßnahmen nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen werden dürften. Dies werde sich allerdings nicht komplett vermeiden lassen. Herr Kreutz habe bereits eben das Wort Arbeitsverdichtung genannt und die halte sie in der Anwesenheit von vielen Mitarbeitenden für nicht korrekt. Sie fragt den Bürgermeister, wie er die Situation gerade einschätze und wie er die Verwaltung mitnehmen wolle. Bezüglich Ziffer 7 der Vorlage fragt sie an, welche aktuellen Überstundenregelungen es in der Verwaltung gebe.

Herr Kreutz äußert, dass seine Wortwahl zu Beginn übermitteln sollte, dass man zweigleisig fahren müsse. Zum einen habe man die kurzfristige Haushaltsbewirtschaftung und zum anderen das Thema der Prozessoptimierung. Das Thema der Wiederbesetzungssperre sei ein willkürliches Instrument, bei welchem man nicht wisse, welche Bereiche es treffen werde. Dies werde

automatisch zu einer Arbeitsverdichtung führen. Politik bedeute, dass man die Realität darstelle. Gleichzeitig habe er große Hoffnungen, dass die Situation von der Verwaltung gemeinsam bewältigt werde.

Herr Sprenger beantwortet die Frage bezüglich der Überstunden dahingehend, dass Mitarbeitende im Zeitkonto bis zu 20 Minusstunden haben dürften und bis zu 120 Überstunden. Dieses werde regelmäßig überprüft und zudem gebe es eine halbjährliche Kappingsregelung.

Frau Meinhardt wirft ein, dass die CDU-Fraktion die Rahmenbedingungen für die Wiederbesetzungssperre beschlossen hätten und sie halte es für verkehrt, nun zu behaupten der Bürgermeister sei dies Schuld.

Herr Schöpf betont, dass viele der hier anwesenden Parteien Schuld an der derzeitigen Lage hätten.

Herr Dr. Metten betont, dass die Verwaltung die Maßnahmen, wie die Wiederbesetzungssperre, geschaffen habe und nicht die CDU-Fraktion. Die Kritik an die Wiederbesetzungssperre müsse Frau Meinhardt an die Verwaltung richten. Der CDU-Fraktion zu unterstellen, diese würde nicht über das Thema Aufgabenkritik sprechen, sei völlig unangebracht. Das Thema Digitalisierung und Prozessoptimierung würden künftig eine sehr große Rolle spielen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Hitzeaktionsplan: Umsetzungsstand zur Maßnahme 4 „Wasserkühlelemente installieren“
0457/2026

Herr Schöpf fragt an, wann der Springbrunnen auf dem Marktplatz wieder funktionieren würde.

Frau Meinhardt betont, dass man Maßnahmen gegen Hitze einfach ohne große Konzepte durchführen sollte. Das hier vorgelegte Konzept klinge sehr langwierig.

Herr Kirch führt an, dass wohl in anderen Kommunen im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes stark unter der Hitze gelitten worden sei. Er fragt an, ob es auch in Bergisch Gladbach dahingehend Probleme gebe.

Herr Köhler antwortet, dass es leider in anderen Städten Todesfälle im Zusammenhang mit der Hitze gegeben habe. In Bergisch Gladbach habe man die Hitze verhältnismäßig gut überstanden. Die Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes seien zum Schutz der Mitarbeiter klimatisiert.

Herr Kreutz beantwortet die Frage von Herrn Schöpf dahingehend, dass auf Grund von Vandalismus das Gelenk oben im Brunnen defekt sei. Die Ausschreibung zur Reparatur sei bereits veröffentlicht.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. Strategisches Entwicklungskonzept Gronau; Maßnahme 5 – Programm zur klimaangepassten und energetischen Sanierung von Dächern, Fassaden und Vorzonen: Maßnahmenbeschluss im Rahmen des KfW-Förderprogramms 432
0458/2026

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss beschließt auf Grundlage des positiven Zuwendungsbescheids der KfW vom 01.04.2026 die Erstellung eines integrierten energetischen Quartierskonzepts für das Quartier Gronau – Mülheimer Straße durchzuführen und ein fachkundiges externes Büro damit zu beauftragen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Mittelverfügbarkeit aufgrund des Haushaltsbegleitbeschlusses 2026 Nr. 3 (Sachkosteneinsparung) und der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht.

8. Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027; hier: Aufhebung des Sperrvermerkes für die 3 neuen Bauleiterstellen im Abwasserwerk (Gruppe 7-6813)
0423/2026

Herr Dr. Metten stellt einen Antrag nach § 15 Abs. 1 g) der Geschäftsordnung auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Waldschmidt äußert, dass er den Ausschluss der Öffentlichkeit gerne begründet hätte.

Herr Migenda führt aus, er habe ein Telefonat mit der Bezirksregierung geführt und würde die dort erhaltenen Informationen gerne nicht öffentlich besprechen, da diese nicht belastbar seien.

Herr Waldschmidt verdeutlicht, dass nach den gestrigen Ausführungen im AIUSO doch ein öffentliches Interesse an dem Punkt bestünde. Er beantragt für die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Metten nach § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung.

Herr Schöpf äußert, dass er auch das öffentliche Interesse als gegeben sehe und spreche sich gegen eine nicht öffentliche Diskussion aus.

Herr Dr. Metten unterbreitet den Vorschlag zur Diskussion der neuen Informationen die Nichtöffentlichkeit herzustellen und im Anschluss diese wiederherzustellen.

Hierüber besteht im Hauptausschuss Einvernehmen.

Herr Kreutz stellt von 18:27 Uhr bis 18:51 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

(...)

Herr Kreutz stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden geänderten Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes von 3 Bauleiterstellen (LPH 1 bis 9) zur Umsetzung des vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 24.03.2026 beschlossenen Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027 gemäß der sich nach § 46 Landeswassergesetz ergebenden Abwasserbeseitigungspflicht. Die Aufhebung von 3 Bauleiterstellen gilt vorbehaltlich der von der Bezirksregierung Köln avisierten Zwischenmitteilung von 3 Monaten nach Einreichen des Abwasserbeseitigungskonzepts, wonach von dort keine wesentlichen Gründe gesehen werden, das Abwasserbeseitigungskonzept zu beanstanden.

9 Änderung Zuständigkeitsordnung bzegl. § 125 BauGB
0310/2026

Frau Meinhardt fragt an, was alles zu Erschließungsanlagen zähle.

Herr Höhmann antwortet, dass es sich in diesem Fall vor allem um Straßen handele.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die beigefügte Änderung des § 19 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister.

9.a Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Kündigung Mitgliedschaft "Deutsche Gesellschaft für nachhaltige Bauen (DGNB)"
0484/2026

Herr Schöpf äußert, dass er grundsätzlich der Vorlage zustimmen könne man aber hier keine hohen Beträge einsparen würde.

Herr Kreutz antwortet, dass es auch relevant sei kleine Beträge einzusparen.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 Abs. 3 Satz 2 GO NRW durch den Hauptausschuss als zuständigen Ausschuss genehmigt.

9.b Kündigung von Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach in Vereinen, Organisationen und Verbänden
hier: Kündigung der Mitgliedschaften a) "Fachverband der Kommunalkassenverwalter" und b) "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter"
0486/2026

Der Hauptausschuss fasst einstimmig, bei fünf Enthaltungen, folgenden **Beschluss**:

Der Hauptausschuss der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Kündigung der Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach mit Ablauf des 31.12.2026 in folgenden Organisationen:

- a) „Fachverband der Kommunalkassenverwalter“
- b) „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter“

10. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder

11.1 Schriftliche Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

11.2 Mündliche Anfragen

Herr Bena: Anfrage zum Thema elektronisches Abstimmungsverfahren

Herr Bena fragt an, wie die Prüfung zur Einführung des elektronischen Abstimmungsverfahrens laufe und ob es einen aktuellen Sachstand gebe.

Herr Schmitz antwortet, dass Gespräche geführt würden, aber noch keine Ergebnisse vorliegen würden.

Herr Dr. Metten: Anfrage zum Thema Vorlagen

Herr Dr. Metten führt an, dass in Vorlagen die Tabellen zu finanziellen Auswirkungen nicht ausgefüllt würden. Er fragt an, wann man den entsprechenden Ratsbeschluss hierzu umsetzen wolle.

Herr Migenda äußert, dass er selber unzufrieden damit sei, dass die Tabellen nicht vollständig ausgefüllt würden. Er sagt zu, in Zukunft hierauf genauer zu achten.

Herr Henkel: Anfrage zum Thema Darstellung Klimarelevanz in Vorlagen

Herr Henkel fragt an, ob es in der Tabelle zur Klimarelevanz künftig Berechnungen gebe, wie viel CO2 eingespart werde durch entsprechende Beschlüsse von Vorlagen.

Herr Migenda antwortet, dass man keine belastbaren Daten hätte, die man in die Vorlage integrieren könne. Hierzu fehle es an einer entsprechenden Software.

Herr Henkel merkt an, dass die CO2 Bilanz in Entscheidungen einfließen müsse. Es müsse künftig belastbare Zahlen geben.

Herr Migenda antwortet, dass die Verwaltung sich mit der Thematik auseinandersetze. Belastbare Aussagen für die Politik zu erstellen sei jedoch sehr komplex. Dazu benötige man eine eigene Software, welche auch über KI verfüge.

Herr Kreutz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:01 Uhr.

gez.
Marcel Kreutz
Bürgermeister

gez.
Saskia Anger
Schriftführung